

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Sebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreise: einjährig 6.00 M., durch die Post halbjährig 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. (Einschl. Porto).
Anzeigenpreise: die 6-spaltige Normzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 4-spaltige Normzeile 1.50 M. Bei mehrmaliger Auftragsvermehrung sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Auftragsannahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwerbung 30 Pf.

Nr. 268 Dresden, Freitag den 19. November 1920 31. Jahrg.

Harding als Wirtschaftspolitiker

Äußerungen während der Wahlzeit sind keine eideschwörenden Versicherungen. Es soll jedem etwas gebracht werden, dessen Stimme zählt. Richtungslinien und Zielpunkte aber haben sich meist doch deutlich genug abgezeichnet auf die zukünftige Haltung eines Kandidaten schließen zu können. Dies gilt auch für ein Gespräch, das der Spezialkorrespondent der Federated Press, Walter Liggel, mit dem damaligen Senator Harding führte, und zwar über die Frage der staatlichen Verwaltung der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Einrichtungen.

Bekanntlich gab es während der Kriegszeit in Amerika auch eine Art „Zwangswirtschaft“, unter die besonders die Eisenbahnen fielen. Die sogenannte Esch-Cummins-Bill beauftragte dann die Rückgabe der Eisenbahnen an die Gesellschaften und gleichzeitig die staatliche Forderung einer Mindestdividende zu Lasten der Allgemeinheit.

Die Arbeiterschaft kämpfte natürlich gegen dieses Gesetz, das die expropriierten Expropriateure wieder in ihre früheren Rechte einsetzte. Sie kämpfte unter Benutzung des in Amerika üblichen Mittels der persönlichen Einwirkung auf Abgeordnete. Darin, daß sie hierauf mehr Mühe verwendeten als die Eisenbahngesellschaften, die ihrer Sache sehr sicher sein konnten, sieht Herr Harding, wie er in öffentlicher Rede verurteilte, den Sieg „über die Herrschaft des Kapitals“. Für die Esch-Cummins-Bill aber tritt er ein, denn seine Unfähigkeit in der Geschäftsführung habe der Staat während des Krieges gezeigt, stille Sabotage von den Geschäftsführern und Direktoren sei ganz ausgeschlossen. Rein, die „ausdörrende Hand“ der staatlichen Verwaltung trage die Schuld, dem Mangel an „Privatinitiative“ sei das schlagende Ergebnis zuzuschreiben.

Der liberale „Manchestermann“ enthielt sich deutlich. Begeistert stimmt er das „Hohe Lied“ auf den „privaten Unternehmungsgeist“ an, dessen Weise und Zeit so wohlbekannt sind.

Herr Harding erklärte sich als „unwandelbarer Gegner jedes Versuchs, irgendetwas von Staats wegen zu unternehmen, was sich mehr für die Privatindustrie eigne“. Denn nur der Gewinnantrieb sei die Wurzel alles Fortschritts und daher die größere Initiative des Privatunternehmers. Nur die während der Kriegszeit verursachten Schäden habe der Staat aufkommen lassen, und das eben sei der Sinn des Antrags von Esch-Cummins. Von einer Ueberkapitalisation der Eisenbahnen könne keine Rede sein, ebenso wenig von einem spekulativen Sinaufstreifen der Eisenbahnwerte, die im Gegenteil eine Kapitalanlage ruhiger Rentner seien.

Etwas vorsichtiger drückte sich Mr. Harding über die Landwirtschaft aus. Er mußte dabei eben mit der „Nonpartisan League farmers“, dem neutralen „Bauernbund“ Amerikas, rechnen, der über eine halbe Million Stimmen verfügt und die Verstaatlichung landwirtschaftlicher Institutionen in sein Programm aufgenommen, zum Teil auch, besonders in Nord-Dakota, bereits durchgeführt hat.

Es ist nicht uninteressant, daß — wie in einem längeren Artikel in der New-Republic ausgeführt ist — Amerika aus einem Ueberflußland von Agrarprodukten zu einem Bedarfsland sich zu entwickeln droht, eine Tatsache, die selbst in Amerika wenig bekannt ist.

In einer Rede vor der Senator für die „Gebung der Landwirtschaft“ eingetreten, hatte Erwerbsverleiderungen durch die Farmhändler befürwortet, ohne über Allgemeinheiten hinauszugehen.

Auch in der Landwirtschaft herrscht das private Kapital und paralisieren mühselos alle Belehnungssache durch Hinuntertreiben der Bodenwerte. Daher der Wunsch nach Verstaatlichung der Hypotheken- und Kreditbanken, die einen außerordentlichen hohen Zinsfuß verlangen, Mühlen, Getreideerzeuger, Transporthilfen usw.

Herr Harding fürchtet, wie er öffentlich erklärte, die „Lähmung der Landwirtschaft durch sozialistische Praktiken“, er wünscht die „Rückkehr zum freien Individualismus auch in der Landwirtschaft“.

Um es mit der „Nonpartisan League“ nicht zu verderben, erklärte er in der Entree mit dem Spezialkorrespondenten, daß er sich natürlich nicht gegen Mehrheitsbeschlüsse wenden würde. Sollen die Farmer in der Verstaatlichung das beste Mittel, Härten und Schwierigkeiten zu beseitigen — nun „Gott mit ihnen!“ „Ich mag ja Unrecht haben und bin nicht so alt zu lernen“.

Sieht man von den durch die Wahlstaffel bedingten, widerwillig gegebenen Konzessionen an die „Nonpartisan League“ ab, so schilt sich aus den Äußerungen des Präsidenten deutlich kein Programm vom „freien Spiel der Kräfte“ heraus. Was aber das „Laissez faire, laissez passer“ gerade unter den amerikanischen Verhältnissen bedeutet, ist ohne weiteres klar. Unbekannteste Monopolverhältnisse des Kapitals! Die Herren der Wallstreet dürfen sich die Hände reiben, die amerikanische Arbeiterschaft muß sich zu schweren Kämpfen rüsten, denn was gibt es, das für Privatunternehmen nicht „geeigneter“ wäre!

Aber auch wir, Europa und die Welt, werden die goldene Hand des amerikanischen Großkapitals zu spüren bekommen. Herr Harding und die amerikanischen Trusts werden allem Ansehen nach „konform gehen“ — die weitere Entwicklung der Dinge bleibt abzuwarten, doch vor allen Dingen ist zu warnen.

Die Schiebungen der Hohenzollern

Erztronprinz und Erztronprinzessin

Zu der Millionenchiebung der Hohenzollern und anderer Fürstentümer durch ein Berliner Bankhaus wird dem Vorwärts von einer dritten Seite, und zwar von einer anderen als der, die den Abgeordneten Hermann Müller informiert hat, folgendes mitgeteilt:

Das B. T. erklärt, daß das Bankhaus Gruher in hiesigen Bankkreisen unbekannt sei. Ich bezweifle aber sehr, ob die Kommerz- und Privatbank Hartig u. Co., G. Schiesinger, Trier u. Co. und andere hiesige Banken behaupten können, daß die hiesigen Bankiers Gruher Philippson u. Co. ihnen unbekannt sei. Aus diese handelt es sich. In der Anlage des Abgeordneten Müller ist irrtümlich der Name Gruher in Gruher verwechselt worden. Die Bankfirma hatte ihr Lokal Wobeserstraße 2. Als es den hiesigen höchsten Herrschaften zu unklar wurde, lag damit zu begeben, wurde ein zweites inoffizielles Lokal Poststraße 16 aufgefunden.

Was die Vermögenschiebungen selber anbelangt, so datieren diese bereits seit Januar 1919. Es ist nur verwunderlich, daß sie so lange der Behörde verborgen geblieben konnten. Sie begannen mit der Herausziehung des Kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Esplanade, wo Herr Gruher das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgekehrt der Familie Gruher bei der Kronprinzessin waren keine Seltenheit. Später kamen andere Fürstlichkeiten, abgesehen von der Reichsarmee. Hauptgeschäftsdirektor der hiesigen Reichsarmee Dr. v. Tsch. der Stabschefmajor des Kronprinzen, ein Herr v. Müller und Rechtsanwalt Dr. Wangermann, Alsenstr. 2. Mit der Zeit hat sich natürlich das Vermittlungsamt eingeschoben ausgebildet.

Die Provisionen des Herrn Gruher waren so groß, daß er zu Beginn dieses Jahres für zehn Millionen Anteile des Bankhauses G. Schiesinger, Trier u. Co. übernehmen konnte. Herr Gruher reiste stets im Auto zwischen hier und Amerika. Die hohen Kosten stellten ja keine Schwierigkeit in Anrechnung geheimerer Pläne wurde Herr Gruher vor kurzem zum hiesigen Geheimen Kommerzienrat ernannt, trotz der Abkündigung des Reichs und der Ernennung des vollen, weil ich nicht, aber auf den Preisbogen des Herrn Gruher war's zu lesen. Sicherlich war's auch Schiebung.

Der gesamte Schriftverkehr des Bankhauses Gruher ist beschlagnahmt. Sehr interessant ist ebenfalls die Feststellung, daß an der Spitze der Schieber das ehemalige Kronprinzliche Paar steht.

Die im Vorwärts enthaltene Millionenchiebung deutscher Fürstentümer durch das Bankhaus Gruher, Philippson u. Co. zwingen nun auch die bürgerliche Presse, nach allfälligen verlogenen Schweigen, von der Sache Notiz zu nehmen. Vereidenschaftete geistliche das aber selbst in den linksstehenden Hältern in der Art, daß in der Ueberlieferung nur von den Schiebungen des Bankhauses Gruher herab, die fürstliche Klientel des Bankhauses aber geistlich wird.

Dem Vorwärts wird noch folgende Mitteilung gemacht: Außer den schon genannten Personen ging auch der Abjunktant des Erztronprinzen, Herr v. Weisenheim, bei Gruher ein und aus. Die Beziehungen Gruher zum Hohenzollernpaar waren so eng, daß Gruher einen Teil der Dienerschaft des kaiserlichen Hauses, Chauffeurs, Lakaien usw. in seine Dienste übernahm.

Sehr interessant sind auch die Methoden, wie Gruher die Vermögenschiebungen bewerkstelligte. Eine seiner Methoden be-

SLUB Wir führen Wissen.

Zusammenstöße in Franzensbad

Leipzig, 19. November. Nach einer Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten kam es auch in Franzensbad zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und tschechischen Regiments.

Englisch-russischer Handelsvertrag

London, 19. November. Ministerpräsident Lloyd George teilte im Unterhaus mit, das Kabinett habe beschlossen, den Handelsvertrag mit Rußland zur Durchführung zu bringen. Er hoffe, daß der Entwurf innerhalb weniger Wochen fertig sein werde und der russischen Regierung mitgeteilt werden könne.

Polens Furcht vor Rußland

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 19. November. In Warschau blüht man mit großer Besorgnis nach dem Krimkriegsausbruch und macht sich allerschweren Gedanken über die Nation, die die nun fast gewordene Rote Armee unternehmen wird. Hoffe verflüchtete allerdings dortigen Presseleuten, daß Rußland gemäß sei, den Rigoir Friedenvertrag zu halten und auch in hiesigen politischen Kreisen zeigt man vielfach so der Ansicht, daß Rußland viel zu sehr die Anerkennung der Sowjetregierung und die Annäherung von Wirtschaftsbearbeitungen zwischen Mittel- und Westeuropa anstrebt, als daß es einen übermäßigen Feldzug gegen Polen versuchen könnte.

Nach von gutunterrichteter Seite kommenden Nachrichten über Neuaufrüstung und Verdrückung der Sowjettruppen freilich, läßt Kamenew, der Leiter der Frontfront, von seinen dort konzentriert gewesenen 30 Divisionen nur noch 11 an Ort und Stelle. Von den übrigen 19 sind zwei westwärts abmarschiert, wo sie sich in der Gegend von Proskurov mit dort gegen Petliura kämpfenden Truppen vereinigen sollen.

Die Polen Truppen sind nunmehr unmittelbar vor der polnischen Grenze. Nach beunruhigender sind Annehmungen der Sowjetarmee an der sogenannten russischen Reichsfront. Im Kronpunkt Smoleńsk sind gegenwärtig bereits rund 8, zwischen Witebsk und Orscha und zwischen Minsk und Mohilew 3 Divisionen aufgestellt, im ganzen also 15 Divisionen, die nach weiter verdrückt werden. Von der südlichen Grenze bis die Westfront, gering geschätzt, 30 Divisionen der Rote Armee nicht allzuweit von der polnischen Grenze.

Professstreit in Sizilien

Landrud, 18. November. Die liberale, beabzichtigte die sozialdemokratische Arbeiterschaft als Protest gegen die Annullierung der Sizilianer Heimatwehren und um die Abhaltung des Landesfriedens der Heimatwehren zu verhindern, von heute 12 Uhr nachts an den Verkehr auf allen Bahnstrecken stillzulegen.

D'Annunzio protestiert

Nach Mittermeldungen aus Venedig wird die italienische Regierung an die italienische Regierung eine Note richten, in der sie verlangt, daß jede Aktion d'Annunzios unumhüllig gemacht und d'Annunzio aus Fiume entfernt werde.

Fiume, 19. November. Die italienische Regierung hat die d'Annunzio erklärt, daß sie den in Rom zu sammelten getreuen Delegierten nicht das Recht zuerkennet, über das Gebiet und die Grenzen der Regierung des Quarners ohne Beteiligung der Delegierten dieser Regierung zu entscheiden. Die Regierung betrachtet die getroffenen Entscheidungen als unannehmbar und unannehmbar. Die italienische Regierung des Quarners sei gegründet worden, um die Angliederung Fiumes an Italien herbeizuführen. Das Volk von Fiume sei heute mehr denn je entschlossen, sein gutes Recht zu verteidigen und den Kampf so lange fortzusetzen, bis der Beschluß vom Oktober 1918 allgemein anerkannt sei.

Englisch-russischer Handelsvertrag
London, 19. November. Ministerpräsident Lloyd George teilte im Unterhaus mit, das Kabinett habe beschlossen, den Handelsvertrag mit Rußland zur Durchführung zu bringen. Er hoffe, daß der Entwurf innerhalb weniger Wochen fertig sein werde und der russischen Regierung mitgeteilt werden könne.